

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Anton, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plagiatenstrafen ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Iltverband Bochum.

### Gewerkschaften und Reparationsfrage.

Von Theodor Leispart.

Der Streit um die Reparationen ist wieder akut geworden. Durch das Hoover-Feierjahr war insofern ein Waffenstillstand eingetreten, als Deutschland für ein Jahr nur die ungeführten Zahlungen in Reichsmark zu leisten hat (die es zudem in Anleiheform zurückbekommen darf), während der „Transfer“, also die Ueberweisung in ausländischen Zahlungsmitteln, in Folge seiner Armut an Gold und Devisen völlig ruht. Nun wird zwar allgemein anerkannt, daß Deutschland zur Zeit zahlungsunfähig ist. Aber man wirft ihm vielfach vor, daß es an dieser Zahlungsunfähigkeit selbst schuldig sei, weil es in übermäßigem Umfange Auslandsanleihen aufgenommen habe und mit diesen Anleihen verschwenderisch umgegangen sei. Man tadelt auch, daß es ohne Rücksicht auf den Vorrang der Reparationen diese privaten Auslandsanleihen als guter Schuldner zurückzahlen will. Nachdem vor kurzem der Sachverständigenausschuß in Basel sich mit diesen Fragen beschäftigt hat, werden sich jetzt die beteiligten Regierungen in Lausanne vereinigen, um über das gleiche Problem zu beraten. Ich möchte die kurze Pause, die zwischen der Bekanntgabe des Berichts der Sachverständigen und dem Zusammentritt der Regierungskonferenz liegt, dazu benutzen, unsere Gewerkschaftsfreunde im Auslande auf einige grundlegende Irrtümer über die Aufbringung und Bewertung der Reparationszahlungen hinzuweisen. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich auf die Reparationen als politische Ursache der Weltwirtschaftskrise, insbesondere aber der deutschen Wirtschaftskrise, in diesem Zusammenhang nicht eingehe.

#### Warum Auslandsanleihen?

Auf Grund des Vertrages von Versailles mußte Deutschland eine Reihe von Bar- und Sachleistungen auf sich nehmen: Barzahlungen, Uebernahme von Besatzungskosten, Abtretung von Staatseigentum, Auslieferung von deutschem Privateigentum im Inlande und im Auslande usw. Dann kamen die Reparationszahlungen in Form von Bar- und Sachleistungen auf Grund des Dawes-Planes und später des Young-Planes. Während die Höhe der Reparationszahlungen, die durch die beiden Pläne festgelegt waren, kaum umstritten worden ist, gingen die Schätzungen über die früheren Leistungen aus dem Vertrage von Versailles weit auseinander. Die Reparationskommission bewertete die deutschen Reparationsleistungen bis Ende 1922 mit 7,9 Milliarden Goldmark, der bekannte englische Nationalökonom Prof. Keynes mit 20 bis 25 Milliarden, die Amerikaner Moulton und McGuire mit 25,8 Milliarden, der jüngst verstorbene deutsche Nationalökonom Prof. Brentano mit 41,5 Milliarden. Die Schätzungen weichen also erheblich voneinander ab. Von Ende 1922 bis zum Dawes-Plan betragen die deutschen Reparationszahlungen nach Berechnung der Reparationskommission 2,5 Milliarden, nach Dawes-Plan (1924) bis zum Hoover-Feierjahr (1931) 14,6 Milliarden Reichsmark. Das ergibt zusammen seit dem Vertrag von Versailles die Summe von 25 Milliarden oder nach der höheren Schätzung von rund 58 Milliarden.

Die Bedeutung dieses Kapitalverlustes für die deutsche Wirtschaft ist nicht nur aus der Höhe der Leistungen zu ermessen. Man muß die Umstände hinzurechnen, unter denen die Leistungen erfolgten. Deutschland hatte durch den Vertrag von Versailles wertvolle Gebiete verloren; die neuen Grenzen zerrissen vielfach alte Handelsbeziehungen und zusammenhängende Produktionseinheiten. Diese Schäden mußten ausgeglichen werden. Deutschland war durch eine vierjährige Blockade von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößt; die fehlenden Vorräte mußten beschafft werden, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Deutschland hatte Schiffe, Eisenbahnmateriale, Vieh, Maschinen usw. abgeben müssen; es war gezwungen, für Ersatz zu sorgen. Seine Produktionsmittel mußten erneuert werden. Da während des Krieges keine Wohnungen gebaut worden waren, herrschte Wohnungsmangel; er mußte behoben werden. Um diese dringlichen Aufgaben zu erfüllen und sein Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, brauchte Deutschland in der gleichen Zeit, in der ihm gewaltige Kapitalsummen entzogen wurden, namhafte Beträge. Der heimische Kapitalmarkt aber war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen. Somit war Deutschland gezwungen, die Kapitalmärkte des Auslandes zu beanspruchen.

Die Erholung der deutschen Wirtschaft lag auch im Interesse der Siegerstaaten, denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft konnte die jährlichen Reparationslasten aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland Anleihen im Auslande aufnahm, obwohl ihre Vertreter bis zum Ablauf des Dawes-Planes (März 1930) im Verwaltungsrat der Reichsbank, also der Kreditzentrale Deutschlands, Sitz und Stimme hatten. Und mehr: bei der Annahme des Dawes-Planes erhielt Deutschland von den fremden Regierungen selbst eine Anleihe von 800 Millionen Reichsmark, bei der Annahme des Young-Planes eine weitere Anleihe von 400 Millionen Reichsmark. Um so weniger sollte man also Deutschland jetzt die Aufnahme von Auslandsanleihen vorwerfen.

#### Wem nützen die Auslandsanleihen?

Wir haben gesehen, daß Deutschland die abgelieferten 25 bis 58 Milliarden wenigstens notdürftig in seiner Wirtschaft einsetzen mußte. Trotzdem betragen die Auslandsanleihen, die ihm

jetzt vorgeworfen werden, nicht einmal 25 Milliarden Reichsmark einschließlich der Rembourskredite usw., die nur der laufenden Warenfinanzierung dienen und daher eigentlich von dieser Summe abgezogen werden müßten. Auf jeden Fall bleiben die Auslandskredite selbst hinter jenen Beträgen zurück, die die Reparationskommission und ihre Nachfolger als deutsche Leistung verbucht haben.

Fragen wir zunächst sachverständige Beurteiler, auf welchem Wege Reparationen ohne Schädigung der Wirtschaft gelistet werden können? Das Dawes-Komitee, dem bemerkenswerterweise kein einziger Deutscher angehörte, äußert sich dazu wörtlich:

„Die Reparationsleistungen selbst werden durch einen Exportüberschuß finanziert und können nur so finanziert werden... In ihrer finanziellen Auswirkung unterscheiden sich die Sachlieferungen tatsächlich nicht von Barzahlungen... Anleiheoperationen können die Sachlage zwar verschleiern oder ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinauszuschieben, vermögen sie aber nicht zu ändern.“

Auf welche Weise hat nun Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt? Durch Uebererschüsse seines Außenhandels oder durch Auslandsanleihen? Diese Frage beantwortet eindeutig die Zahlungsbilanz. Für die Jahre bis 1924 ist eine Aufstellung wegen der Inflation freilich nicht möglich. So bleiben nur die letzten sieben Jahre, die sich ungefähr mit der Geltungsdauer von Dawes- und Young-Plan decken. Der Uebererschuß gegenüber dem Defizit in der Aktiv- und Passivposten, die sich aufheben, gegeneinander auf und komme somit zu folgender vereinfachten, aber für unsere Zwecke genügenden Darstellung:

#### Zufluß und Verwendung von Devisen in Deutschland 1924-30 (in Milliarden Reichsmark).

Herkunft:	
Langfristige Auslandsanleihen	8,2
Kurzfristige Auslandsanleihen	8,9
Uberschuß deutscher Effektenverkäufe über deutsche Käufe vom Ausland	1,1
Verwendung:	
Passivsaldo der Warenhandels- und Dienstleistungsbilanz	3,1
Zinsen für Auslandsschulden	2,7
Gold- und Devisenzugang bei den Notenbanken	2,1
Reparationen (Barzahlungen)	10,3

Ein Blick auf den zweiten Teil der Tabelle zeigt uns, daß Deutschlands Außenhandel keinen Devisenüberschuß gebracht hat, sondern im Gegenteil einen Fehlbetrag von 3,1 Milliarden. Somit sind also die 10,3 Milliarden an baren Reparationsleistungen (ohne die Sachlieferungen!) bezahlt worden? Ein Blick auf den ersten Teil der Tabelle belehrt uns: nur durch die Auslandsanleihen. Man soll also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandskredite gefährdete.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine Folgerung, die bei den kommenden Reparationsverhandlungen in Lausanne beachtet werden muß. Man sagt, daß die privaten Auslandsschulden kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürfen. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die ankommenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugeflossen sind. Diese haben also die Priorität genossen.

#### Reparationen sind nicht mehr berechtigt.

Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereitstellung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Hier genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulicherweise die Spuren des Krieges verwischt sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind unseres Erachtens durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen.

Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfange nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben. Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt. Zurzeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen.

Deutschland hat sich, wie wir gesehen haben, die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen gekonnt, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Uberschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen.

Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Young-Planes nicht erfüllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist kläglich zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Young-Plan beruht insbesondere auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und -verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden!

#### Dürfen wir Besserung erwarten?

Angesichts der gegenwärtigen Lage ist das Vertrauen in die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft sehr gering. Dem entspricht auch der Fatalismus, der weite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat. Bezüglich des Wertes der kapitalistischen Wirtschaft mit Recht. Es wäre aber traurig, wollten wir alle Hoffnungen aufgeben. Dies läme einer Verzweiflung gleich, die zu nützen wir keine Ursache haben. Der übermäßige Einfluß der Politik auf die Wirtschaft erfordert die äußerste Aktivität zur Beseitigung der Störungen derselben. Die Nazis bilden den Kern einer aktiven Reaktion. Diese hält ihre Zeit für gekommen, denn nur eine verzweifelte Wirtschaftslage bildet den Boden für eine Umkehr, wie sie von der „Harzburger Front“ herbeigewünscht wird. Als Gegengewicht dafür ist die Bildung einer „Eisernen Front“, wie sie bereits im Werden begriffen ist, eine Notwendigkeit. Als die Harzburger ihre gemeinsamen Ziele in die Welt hinausposaunten, entstand in den Gewerkschaften aller Richtungen eine Gegenwehr, die ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlte. Diese Front muß erweitert und zu einem dauernden Bestandteil der Republik gemacht werden, dann vermögen wir getrost in die Zukunft zu blicken.

Ist die Republik stabilisiert, dann gilt es den Blick auf die außenpolitischen Vorgänge zu richten. Die Verhandlungen um die Reparationen und die Zurückzahlung der Kurz Kredite werden für die Zukunft der deutschen Wirtschaft aber auch für den Bestand der gegenwärtigen Staatsform entscheidend sein. Wir haben die Hoffnung, daß hier ein Ausweg gefunden wird, der eine Beruhigung der Weltwirtschaft bedeutet. Und wenn wir diese Befahrenede passiert haben, dann werden sich Besserungserwartungen von selbst bemerkbar machen. Vielleicht kommen wir schneller aus dem Sumpf heraus, als wir dies uns heute vorzustellen vermögen. Sind wir auf dem Wege einer konjunkturellen Besserung, dann wird aller Spud einer Revolution der Nazis verfliegen sein.

Der soziale Aufstieg wird von einer Aktivität der Gewerkschaften begleitet sein müssen. Es gilt vieles wieder gutzumachen. Wir freuen uns schon jetzt auf den frisch-fröhlichen Kampf, der dann einsetzen wird. Auf diesen Kampf gerüstet zu sein, sollte sich jedes Gewerkschaftsmitglied zur Aufgabe machen.

#### Ein erfreulicher Irrtum.

##### Zum Grubenunglück auf der Karsten-Zentrums-Grube.

Wie wir bereits in Nr. 3 unserer „Bergbau-Industrie“ berichtete, ereignete sich am Montag, dem 4. d. M., auf der Karsten-Zentrums-Grube eine furchtbare Einsturzkatastrope. Nach Angaben der Bergbehörde soll ein Gebirgsschlag, der um 18 Uhr erfolgte, die Ursache des Unglücks gewesen sein. 15 Personen waren in der Unglücksstrecke beschäftigt. Alle 15 Menschen wurden verschüttet. Davon konnte zuerst nur einer lebend geteilt werden. Von den übrigen 14 waren Lebenszeichen nicht wahrnehmbar. Es mußte damit gerechnet werden, daß man sie nicht mehr lebend antreffen würde.

Zu unfer aller Freude ist es jedoch gelungen, nach angestrengter Tätigkeit am Sonntag, dem 10. d. M., sieben der eingeschlossenen Knappen lebend zu bergen. Zwei von ihnen hatten Verletzungen erlitten, und zwar einer einen Beinbruch und einer einen Schlüsselbeinbruch. Zu dieser wunderbaren Rettung beglückwünschen wir die Kameraden aufs herzlichste.

Da vor einigen Jahren eine Kommission von Bergbaufachverständigen eingesetzt wurde, um die Ursachen der Gebirgsschläge im oberflächlichen Steinkohlenbergbau zu erforschen, und wenn möglich wirksame Abwehrmaßnahmen vorzubereiten, wurde von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion folgende Anfragen an das Staatsministerium gestellt:

1. Ob es bereit ist, die Ergebnisse dieser Studienkommission dem Landtag bekanntzugeben und ob auch für die Ursachen der neuesten Katastrope zuverlässige Angaben gemacht werden können;
2. ob und welche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden können;
3. ob die geltenden bergpolizeilichen Bestimmungen über Abbau und Befahrung auf der Karsten-Zentrum-Grube reiflos beachtet worden sind;
4. ob die bergbaupolizeilichen Bestimmungen nach den letzten schlimmen Erfahrungen wirksam ergänzt werden können.

# Die Arbeit der Bergarbeiterinternationale für den europäischen Kohlenfrieden.

Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat am 8. und 9. Januar in Genf über die neuerlichen Erschwerungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bergarbeiter beraten. Dabei ist insbesondere noch einmal eindringlich auf die Notwendigkeit der Verkürzung der bergbaulichen Arbeitszeit hingewiesen worden.

Auf Anregung des schwedischen Bergarbeiterverbandes beauftragte sich das Exekutivkomitee mit Fragen der Erzbergarbeiter, die bisher hinter der Dringlichkeit der Kohlenarbeiterfragen etwas zurückgetreten waren. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal betont, daß die Bergarbeiterinternationale entsprechend ihrem Statut die internationale Vertretung aller Bergarbeiter in sämtlichen Bergbauarten ist. Die Tagesordnung der internationalen Beratungen soll daher künftig in weiterer Weise die besonderen Probleme des Erz- und Kalibergbaues behandeln. Auf dem nächsten Internationalen Kongress wird ein entsprechender Bericht des schwedischen Kameraden Mattson zur Aussprache gelangen.

Unsere Verbandsvertreter — außer unserem Vorsitzenden Hufsmann nahmen noch die Kameraden Schmidt und Berger an der Sitzung teil — hatten ursprünglich eine Verlegung des in diesem Jahre fälligen Internationalen Kongresses zur Erwägung gestellt. Einige größere Organisationen sprachen sich jedoch für die Abhaltung aus, weil sie eine öffentliche Stellungnahme zu den zahlreichen noch offenen internationalen Bergarbeiterfragen nicht entbehren wollten. Der nächste ordentliche internationale Bergarbeiterkongress ist nunmehr für die Zeit vom 2. bis 5. August, und zwar in London vorgeesehen. Er wird sich mit den wirtschaftlichen Kohlenarbeiten des Völkerbundes, der weiteren Arbeitszeitverkürzung im Bergbau und den sonstigen sozialpolitischen Fragen aus dem Bereich des Internationalen Arbeitsamtes befassen. Den Bericht hierüber soll der internationale Sekretär geben. Das traditionelle Referat: „Kampf gegen den Krieg“ wird im Licht der Abrüstungskonferenz eine besondere Bedeutung haben. Als dritter Punkt sind Fragen des Erzbergbaues angelegt.

Der Kongress wird auch den Vorstand der Bergarbeiterinternationale, der durch das Ableben der englischen Kameraden Cool und Richards merklige Lücken aufweist, neu zu wählen haben. Vorläufig hat sich der englische Bergarbeiterführer Edwards bereit gefunden, die von Cool verwalteten Kassengeschäfte weiterzuführen, während der belgische Vizepräsident Dejarbin als Vertreter einweilen die Verbandsleitung ausübt. Die Arbeiten des Exekutivkomitees fanden ihren Abschluß mit der eingehenden Durchberatung der im Anschluß daran stattgefundenen

## Internationalen Kohlenkonferenz.

Hierzu lag vom internationalen Sekretär Delattre eine ins einzelne gehende Denkschrift vor, zu der unsere Vertreter eine ausführliche Ergänzung einbrachten. Die Berichte ließen erkennen, wie die schweren Stöße der internationalen Kohlenkrise sich überall in einer beträchtlichen Herabminderung des sozialen Standards der Bergarbeiter auswirkten. Am schlimmsten ist die Lage in Deutschland und England, die als die Hauptausfuhrländer für Kohle von der Umordnung der Kohlenmärkte und den geradezu wahnwütigen Kohlenhandelsbeschränkungen in Europa am meisten getroffen sind. Daß es unter diesen traurigen Umständen den Bergarbeitervertretern nicht auf theoretische Erörterungen der Kohlenlage ankam, sondern daß sie in entschiedener Weise auf den unverzüglichen Abschluß entsprechender internationaler Abmachungen der Kohlenländer hinarbeiteten, war ein dringendes Gebot der Stunde. Es ist von allen Kameraden klar erkannt worden, so daß bei den darauf folgenden Beratungen mit Unter-

nehmern- und Regierungsvertretern im Schoße des Völkerbundes die Auffassungen der Bergarbeiter in wirkungsvoller Weise vertreten werden konnten.

Ueber den Gang und das Ergebnis dieser Verhandlungen wird noch eingehender zu berichten sein. An dieser Stelle soll nur hervorgehoben werden, daß eine Reihe von Grundfragen, die die Bergarbeiterinternationale seit Jahren verfolgt hat, nunmehr breitere Anerkennung erfahren haben und wie zu erwarten ist, auch in kürzeren Fristen eine Verwirklichung finden werden. Dazu gehören internationale Abmachungen kartellmäßiger Natur, wozu die Kohlenproduzenten in einer sehr betonten Weise verpflichtet worden sind. Bei diesen Abmachungen, — und das ist die weitere wichtige Erkenntnis, zu der die Genfer Kohlenkonferenz verholfen hat —, werden die Regierungen nicht abseits stehen, sondern ihren Einfluß im Sinne der Wahrung des Allgemeininteresses geltend machen. Dabei wird auch den Bergarbeitern eine Möglichkeit gegeben werden, auf den Gang der Dinge Einfluß zu nehmen, der — nebenbei bemerkt — für die deutschen Verhältnisse durch das Kohlenwirtschaftsgesetz ohnehin gesetzlich geregelt ist. Die darauf bezüglichen Zusagen der Regierungsvertreter in Genf

## Der Kalitrukt im Anmarsch?

In den letzten Wochen tauchten wiederholt Gerüchte auf über einen bevorstehenden neuen großen Zusammenschluß in der Kaliindustrie, und zwar der Kalifongerne Wintershall, Burbach und Salzdetfurth. Mit diesem Zusammenschluß würde praktisch der Kalitrukt verwirklicht werden, von dem im letzten Jahrzehnt so häufig die Rede gewesen ist. Ein inzwischen erfolgtes Dementi der Verwaltungen von Wintershall und Burbach will nicht viel besagen, zumal die großen Kursbewegungen und Umsätze in den Aktien dieser Unternehmen bis zum heutigen Tage ihren Fortgang nehmen im Gegensatz zu der sonst sehr ruhigen Börsentendenz. Während der Kurs der Burbach-Aktien im Verlauf der letzten beiden Monate sich etwa halbiert hat, erzielten die Wintershall-Aktien eine erhebliche Kursaufbesserung, so daß sich die Kurse dieser beiden Aktien heute beinahe in gleicher Höhe bewegen. Gleichzeitig haben sich die Kurse der Aktien von Wintershall und Westeregeln, die bekanntlich dem Salzdetfurth-Konzern angehören, dem Kurs von Wintershall und Burbach ebenfalls angepaßt, und der Kurs der Salzdetfurth-Aktien hält sich dauernd in einer bestimmten Höhe zu dem Kurs der vorgenannten Aktien. Diese Lage, deren Bedeutung jedem Eingeweihten ohne weiteres erklärlich ist, beweist deutlich, daß trotz aller Dementis hier etwas im Gange ist, zumal sich an diesen Kursbewegungen insbesondere die interessierten Banken der Konzerne lebhaft beteiligen.

Schon seit langen Jahren wird in der Kaliindustrie ein hartnäckiger Duellkampf geführt, in dessen vorderster Reihe August Koster, Generaldirektor des Wintershall-Konzerns, steht. Dieser Konzern besitzt heute die bei weitem größte Syndikatsbeteiligung, und zwar 401,79 Tausendstel = 555,005 D. K. O. Die Syndikatsquote von Burbach beläuft sich auf 187,89 Tausendstel und die von Salzdetfurth auf 48,27 Tausendstel, wozu noch die Quoten der beiden Kaliverke von Wintershall und Westeregeln mit insgesamt 197,25 Tausendstel kommen. Der neue Kalitrukt würde somit weit über die Dreiviertelmehrheit im Kalisyndikat verfügen. Wenn auch die Preispolitik in der Kaliwirtschaft dem Kalirat vorbehalten ist, so würde doch eine derartige Machtgruppe, die praktisch das Syndikat beherrscht, immerhin ein erhebliches Gewicht in die Waagschale werfen können. Gerade in der Preisfrage haben sich die Ansichten Koster — Korte immer konträr gegenübergestellt. Während Koster stets ein Verfechter der Massenproduktion und gleitenden Kalipreise gewesen ist, nahm Kommerziant Korte vom Burbach-Konzern einen mehr konservativen Standpunkt ein, der angemessene Preise und Produktion in den Vordergrund seiner Po-

haben vor allem für jene Länder erhöhte Bedeutung, wo Einkünfte ähnlich wie in Deutschland noch nicht bestehen. Darüber hinaus sollen im Rahmen des Völkerbundes die Arbeiten der Genfer Kohlenkommission eine regelmäßige Fortsetzung finden, um alle Beteiligten über die Fortschritte der wirtschaftlichen Verständigungsbemühungen auf dem laufenden zu halten und einen dauernden und gerechten Ausgleich der in Frage kommenden Interessen zu ermöglichen. Auch dabei werden die Vertreter der Bergarbeiter beteiligt sein.

Wenn in dieser Zeit, die eine beispiellose Mißachtung weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit gebracht hat, in einem grundlegenden Wirtschaftszweig Europas eine so deutliche Bekundung des Willens zu gemeinsamen Lösungen erfolgt, so kann man das als ein Element der Hoffnung betrachten. Was von noch nicht langer Zeit von der Unternehmerpresse als „internationale Kohlenillusionen“ verspottet worden ist, ist jetzt unter Anteilnahme der Unternehmer, der Regierungen und der Bergarbeiter von Genf aus in die Wege geleitet worden, und zwar so, daß dabei nicht nur den kommerziellen Interessen gebient wird, sondern auch die Interessen der Bergarbeiter und der Verbraucher zu ihrem Recht kommen können. Wir wollen dieses Ergebnis als die beginnende Umkehr aus einer Sackgasse, in die die Kohlenländer nicht ohne eigene Schuld hineingeraten sind, begrüßen und erwarten, daß aus der Verständigung im europäischen Kohlenbergbau recht bald auch eine Besserung des traurigen Loses der Bergarbeiter folgen werde.

stille stellte. Auch in verwaltschaftlichen Angelegenheiten gingen die Ansichten und Bestrebungen dieser beiden Kaligewaltigen manchmal erheblich auseinander.

Die Konzentrationsbewegung, die nach dem Krieg mit aller Macht in der Kaliindustrie einsetzte, wurde besonders eifrig vom Wintershall (1910) betrieben, so daß sich alle maßgebenden, nicht zu diesem Konzern gehörenden Gesellschaften zu einer Abwehrfront gegen die von Wintershall verfolgten Majoritätspläne zusammenschlossen. Auch hier war es wieder Korte, der seinem großen Gegner Koster erbittert gegenüberstand. Wie es den Anschein hat, haben sich nunmehr die Ansichten von Korte, die in der Richtung eines allgemeinen deutschen Kalitruks lagen, geändert. Die Herrschernatur und der maßlose Ehrgeiz eines Koster scheinen in diesem Kampfe den Sieg davongetragen zu haben.

Es ist naturgemäß schwierig, schon heute vorauszusagen, inwieweit bei einem etwa kommenden Kalitrukt, an dessen Spitze zweifellos Generaldirektor Koster stehen wird, die Befehle der Arbeitererschaft im Kalibergbau in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden. Wenn auch die Kaliindustrie nicht den großen wirtschaftspolitischen Bewegungen der letzten Jahrzehnte in dem Maße ausgeht war, wie das z. B. bei der Kohle der Fall ist, so liegen trotz alledem für die Arbeitererschaft in der Kaliindustrie die Verhältnisse alles andere eher als günstig. Von einer Gesamtbeschäftigung von rund 31 000 Arbeitern im Jahre 1913 sind heute bei etwa gleicher Absatzmenge kaum mehr als 11 500 Arbeiter übriggeblieben. Auch hierbei haben Rationalisierung und Zentralisierung eine bedeutende Rolle gespielt, wobei der monopolartige Charakter der Kaliindustrie unseren kapitalistischen Wirtschaftsführern in ganz besonderem Maße zumute kam. So war es nur möglich, daß die Kaliindustrie im Gegensatz zu fast allen anderen deutschen Industrien infolge ihrer Monopolstellung trotz aller Wirtschaftskrisen immer noch gute finanzielle Erträge erwirtschaften konnte, wie das die noch im vergangenen Jahre verteilten Dividenden und Ausschüttungen der Kaliverke beweisen. Leider sind aber die großen wirtschaftlichen Vorteile, die in dem Charakter dieser Industrie liegen, bisher nur den kapitalistischen Kreisen der Aktionäre und Gewerken zugute gekommen, während die Arbeitererschaft in der Kaliindustrie immer einen bitteren Existenzkampf führte.

In dieser Hinsicht werden auch die Pläne eines Koster oder Korte keine Änderung schaffen, denn diese zielen einzig und allein auf rein persönliche oder privatwirtschaftliche Kapitalistische Interessen hin. Mit dieser Art Wirtschaftspolitik ist der Arbeitererschaft nicht gebient, sondern ihr Ziel liegt in einer planmäßigen Bedarfswirtschaft, für die geradezu die Verhältnisse unserer deutschen Kaliindustrie wie geschaffen sind.

## Distussion über Zeitfragen.

Die Krise im Bergbau. Die Aussichten einer internationalen Kohlenverhandlung. Der deutsche Bergbau im Kampf mit der ausländischen Konkurrenz. Aussichten und Aufgaben für die Zukunft.

„Nun haben wir auf der ganzen Linie im Bergbau zehn Prozent Lohnabbau, so daß wir in einzelnen Bezirken weit unter dem Lohnstand von 1927 liegen, aber die Entlassungen gehen noch immer weiter. Man hört sogar, daß in der nächsten Zeit allein im Ruhrbergbau noch zwanzig- bis dreißigttausend Bergarbeiter entlassen werden. Läßt sich denn dagegen gar nichts machen?“

„So wie die Dinge heute liegen, ist hier wenig Abhilfe zu erhoffen. Der Bergbau leidet einmal unter der Wirtschaftskrise allgemein, weil dann, wenn große Teile der Produktion stillliegen, auch dafür weniger Kohle verbraucht wird und zum anderen, weil durch die wilde internationale Konkurrenz der Bergbau länder auch ein wilder Kampf um die Selbstkostenreduktion tobt, der sich in der Praxis in erster Linie als Kampf gegen die Löhne und Sozialversorgung der Bergarbeiter auswirkt.“

„Ich habe doch so etwas gelesen und gehört, als ob eine internationale Verständigung auf dem Kohlenmarkt angebahnt würde, um die schädliche Konkurrenz auszuschalten und damit auch den scharfen Kampf gegen die Bergarbeiter zu mildern. Wie steht es denn eigentlich damit?“

„Ja, dieser Gedanke einer internationalen Kohlenverhandlung, wie man sagt, hat heute sehr schlechte Aussichten auf Verwirklichung.“

„Das ist aber doch sonderbar, wo doch gerade jetzt die Not doppelt groß ist.“

„Recht hast du. Aber leider haben die Regierungen und Unternehmer zu lange gegögert, in gemeinschaftlichem Zusammenwirken und in gemeinsamer Verständigung erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Deshalb ist die Krise immer stärker geworden und hat die einzelnen Länder zu Selbsthilfemaßnahmen getrieben, deren Auswirkung jetzt zuerst abgewartet wird.“

„Was sind das für Maßnahmen?“

„So ist es. Durch die englische Geldentwertung und die damit verbundene Preisentwertung für seine Kohle im Ausland ist der englische Bergbau natürlich im Konkurrenzkampf im Vorteil, und er möchte vorerst diesen Vorteil für sich ausnützen.“

„Können denn die anderen Kohlenländer hier keine Gegenmaßnahmen treffen, um zu zeigen, daß ein solcher künstlich geschaffener Vorteil die Kohlenmarktverhandlung nicht überflüssig machen kann?“

„Möglichkeiten hierzu gibt es schon. Frankreich zum Beispiel wehrt die englische Konkurrenz dadurch ab, daß es einen sogenannten Valutazoll auf englische Kohle gelegt hat.“

„Wie soll ich das verstehen?“

„Nun, wenn das englische Geld gegen das Geld anderer Länder um, sagen wir, fünfzehn Prozent entwertet hat, dann ist auch der Preis der englischen Kohle, die ja nur für englisches Geld gekauft werden kann, ebenfalls um fünfzehn Prozent entwertet — oder, wie es beim Kaufgeschäft heißt, um fünfzehn Prozent gesunken, wodurch also die Kohle um fünfzehn Prozent billiger wird. Frankreich wehrt sich nun hiergegen dadurch, daß es auf englische Kohle einen Zoll legt in Höhe von fünfzehn Prozent.“

„Aha — wenn also jetzt einer englische Kohle kauft, die durch die englische Geldentwertung fünfzehn Prozent billiger geworden ist, dann muß er diese ersparten fünfzehn Prozent als Zoll entrichten, so daß er schließlich für englische Kohle genau soviel Geld hinlegen muß wie vor der Geldentwertung?“

„Du hast das richtig erfaßt.“

„Aber warum machen denn das nicht auch die anderen Länder so, besonders auch Deutschland? Bei uns sagt man doch auch, daß die englische Geldentwertung die Konkurrenz für deutsche Kohle besonders erschwert.“

„Doch wohl — aber so einfach liegt die Sache gerade für uns Deutsche nicht, daß wir nur das französische Beispiel nachzuahmen brauchen, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Frankreich kann sich seine Abwehrmittel gegen die englische Konkurrenz frei wählen, weil es politisch und wirtschaftlich sowie finanziell ziemlich unabhängig dasteht. Deutschland aber kann sich heute das bisshen Sympathie, das ihm in der Welt ver-

bleiben und besonders auch in England in letzter Zeit erstanden ist, nicht zerstören oder gar gefährden, da es diese Sympathien gerade in den bevorstehenden großen Auseinandersetzungen auf den internationalen Konferenzen sehr notwendig gebraucht.“

„Dann müssen wir also die englische Konkurrenz widerstandslos über uns ergehen lassen? Na ja, der Kumpel ist ja immer der Dumme und soll sich immer für die Interessen der Gesamtheit opfern.“

„Nein, so ist das doch nicht, daß wir nun ganz machtlos der Sache gegenüberstehen.“

„Ich möchte nicht, wie wir uns da noch helfen könnten.“

„Das kommt daher, weil du nicht weißt, daß wir in Deutschland gegen die ausländische Kohlenkonkurrenz noch eine andere Waffe als den Zoll haben, die eigentlich noch viel wirksamer sein kann.“

„Was ist denn das?“

„Nun, wir haben doch in Deutschland ein direktes Einfuhrverbot für ausländische Kohle.“

„Ja, aber es kommt doch ständig ausländische Kohle nach Deutschland herein.“

„Das wohl, aber nur mit besonderer Erlaubnis des Reichskohlenkommissars.“

„Dann soll der doch einfach die Erlaubnis verweigern — und alles ist in Ordnung.“

„Auch das ist nicht ganz so leicht, beziehungsweise leichter gesagt als getan. Die Verweigerung der Einfuhrerlaubnis zum Beispiel englischer Kohle würde natürlich den Engländern genau so unfreundlich erscheinen wie die Einführung von Kohlenzöllen.“

„Dann hätte also auch diese Waffe keinen praktischen Wert?“

„Vorläufig doch. Der Reichskohlenkommissar verfährt eben so, daß er jetzt, nach der englischen Geldentwertung, in nicht allzu großem Maße Ausnahmegenehmigungen erteilt wie vor der Geldentwertung.“

„Nun wohl, dann ist ja alles in Ordnung und die englische Konkurrenz kann sich ja auch dann gar nicht auswirken.“

„Das scheint nur jetzt im Anfang so. Auf die Dauer dürfte nämlich die Sache doch gefährlich werden. Wenn die englische Kohle auf die Dauer zwanzig bis dreißig Prozent billiger angeboten wird als die deutsche, dann läßt sich natürlich auch nicht auf die Dauer die vorgenannte Politik des Reichskohlenkommissars vor den Engländern entschuldigen, so daß die schließlich darin einen unfreundlichen Akt sehen und sich entsprechend

# Kapital und Arbeit.

4.

## Schöpferische Energie.

Von Herbert N. Casson (London).

„Es ist eine Tatsache, von der Angestellte keine Ahnung haben und die Arbeiterführer sich nie vergegenwärtigen können, daß jeder Finanzmann ein Treuhänder ist, und daß er vor dem Gesetz für die erfolgreiche Manipulation mit dem Gelde anderer Leute verantwortlich ist.“

Man darf das Element der Zeit nicht vergessen. Es ist besser, in einem Monat an einer Sache 100 Pfund Sterling zu verdienen, als in einem Jahre 200 Pfund.

Halten Sie sich diese Tatsache klar vor Augen, dann sind Sie auf dem Wege, ein Finanzmann zu werden. Sie haben gelernt, Geld durch schnellen Zugriff, durch Nachdenken, durch Pläne und dadurch zu machen, daß Sie sich mit Vorteil der Schwankung der Preise bedienen.

Unreife Leute, wie die Sozialisten, betrachten das als Ausbeutung. Das ist es keineswegs. Es ist schöpferische Energie. Es ist Führerschaft, es ist legitimes Geldverdienen, die nützlichste und am wenigsten störende Tätigkeit der Menschheit.

Nichts ist so billig wie Geld. Nicht einmal ein Arbeiterführer hat es je gemagt, diese Tatsache zu leugnen.

Jeder Arbeiter, der 50 Schilling wöchentlich bekommt, stellt ein Kapital von 2160 Pfund Sterling dar; jeder Lehrling, der 12 Schilling wöchentlich erhält, bedeutet einen Geldwert von 500 Pfund Sterling.

Arbeit zu mieten bringt nur wenig Nutzen. Im großen und ganzen werden Sie finden, daß die Arbeit kaum ihren eigenen Lohn verdient.

Profit wird durch Maschinen erzielt. Durch Maschinen, durch die Kunst des Verkaufens, durch gute Verwaltung und persönliche Führung, durch kluge Reklame.

Der Nutzen in jedem Geschäft ist das Ergebnis der Verbindung von Geld zu Gehirn.

Die Arbeit hat sich einen höheren Lohn erzungen, ohne ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Das ist der Grund der großen Arbeitslosigkeit.

Die Arbeit kann heutzutage nur dann Nutzen bringen, wenn der Arbeiter an eine Maschine gestellt wird, die mit Geld gekauft worden ist. Dann erst wird sich auch die Maschine bezahlt machen. Sie wird den Lohn des Arbeiters und überdies einen Nutzen einbringen.“

Dieser schwerreiche englische Geschäftsmann H. Casson läßt sich sehr gerne als „Sozialpolitiker“ feiern. Nach dem zu urteilen, was er hier schreibt, hat er damit durchaus recht. Nur mit der Einschränkung, daß er ein Verfechter der „Sozialpolitik der Kapitalisten“ ist, also nicht etwa ein Verfechter der Sozialpolitik der Arbeiter. Der einzige Sinn der Wirtschaft ist bei ihm: Geld verdienen! Je schneller und je höher der Profit steigt, um so vollkommener ist nach ihm der Unternehmer. Herr Casson aber ist im Irrtum, wenn er meint, daß die Arbeiterführer hier von keine Ahnung hätten. Gerade weil die Arbeiterführer hier von nicht nur Ahnung haben, sondern wissen, daß es tatsächlich so ist im Kapitalismus, wie es Herr Casson hier vorträgt, daß der Arbeiter dem Kapital nichts anderes bedeutet als Werkzeug, als Material, als Beiwerk zur Maschine, das man mit und für die Maschine kauft, um mit der Maschine, also nicht etwa mit dem Arbeiter, Waren und Profit zu erzeugen, gerade deshalb organisieren die Arbeiterführer die Arbeiter, um dieses schandvolle System, das nur dem Kapital, dem Profit, dienbar ist und in dem die Maschine als der schöpferische Gott, die Arbeiter aber als habgierige Ruhestörer gelten, die sich nur höhere Löhne erlangen, aber nichts dafür leisten wollen, zu zerbrechen. Wenn irgend wer jemals dieses Vorhaben der Arbeiterführer vor der Welt und der Geschichte gerechtfertigt hat, dann Herr Casson durch seine oben zitierten Worte.

5.

## Hausbrennende Wirtschaftslehren.

Von Prälat Dr. August Pieper.

... Jeder Heranwachsende macht von neuem die alte Erfahrung, daß nur in der Märchenwelt des Kindes alles nach Wunsch geht und schon mit müheloser Wunschgewalt zu erreichen ist. Neuerdings mußten das auch die Sozialisten erleben, die vom Zukunftsstaate, später von der Volksozialisierung nach den Rezepten des wissenschaftlichen Sozialismus Großes erwarteten. Nicht minder wurden auch nichtsozialistische Arbeiter schwer enttäuscht, die Großes von der Gewalttat der Revolution erhofften, die doch nur Bestehendes niederwerfen, aber nicht aufbauen konnte...

Vor der Begriffsverwirrung unseres wirtschaftlichen Denkens durch Revolution und Inflation war unsere Einstellung zur Wirtschaft diese: Zuerst gilt es mehr zu schaffen, dann kann man von der Güterverteilung auch größeren Anteil am Ertrage erwarten. Wir dagegen denken zuerst, oft allein, an die Anmeldung größerer Ansprüche an den Ertrag der Wirtschaft. Diese größeren Ansprüche begründen wir mit einem bewundernswerten Aufwand an schönen Begründungen, sei es aus der Menschlichkeit, Gerechtigkeit, sogar der Religion, sei es aus dem ziffernmäßigen Beweise der Unmöglichkeit, andernfalls die Ausgaben unseres Lebenshaushalts decken, kurz, auskommen zu können. Kurz und gut meinen wir: Wir können und sollen wieder besser leben, als es seit Kriegsbeginn möglich war. Aber wir müssen diese Besserung auch selbst herbeiführen und zu diesem Zwecke zur Lebensweisheit der Vorzeit zurückkehren, das heißt, zuerst an der Meliorierung oder Hebung der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft denken...

Daß der Herr Prälat Pieper ausgerechnet an der Revolution von 1918 illustrieren will, daß das geschichtliche Zielstreben der Sozialisten nur ein Wunschgebilde sei, weil sie erwiesen haben, daß die Sozialisten wohl Bestehendes niederwerfen, aber nicht aufbauen könnten, ist unverständlich. Wir stellen die Frage: Was haben die Sozialisten 1918 niedergeworfen und wo war so etwas zu beobachten? Weich der Herr Prälat denn nicht mehr, daß es sich 1918 nur um einen in und durch sich selbst erfolglosen Zusammenbruch der alten Ordnung handelte, und daß die fallenden Trümmern in Sicherheit zu bringen und in die Schlupfwinkel zu verfrachten, sondern mutig mitten hineinzustellen in das damalige Chaos, um unter Einwirkung des persönlichen Lebens einen Neubau für Volk und

Staat zu formen. Heute sollte auch Herr Prälat Pieper schon wissen, daß ohne diese Tat der Sozialisten ihm vielleicht im Nachkriegsdeutschland keine Möglichkeit geblieben wäre, die Sozialisten noch irgendwie anzuklagen. Und weiter: Die Revolution hätte eine Begriffsverwirrung in wirtschaftlichem Denken geschaffen dahingehend, daß jeder zuerst an die Ansprüche, aber nicht wie früher an „mehr schaffen“ denke. Wenn die Kapitalisten und die „höheren“ bürgerlichen Schichten damit gemeint sind, lassen wir es gelten. Die Gehälter der Wirtschaftsführer sind tatsächlich ins märchenhafte gewachsen und die höheren Beamten haben eine glänzende Steigerung ihrer Bezüge durchzuführen gesucht. Die Arbeiter aber, Herr Prälat, können solcher Sünde nicht geziehen werden. Im Bergbau zum Beispiel sind die Löhne nicht mehr viel höher als in der Vorkriegszeit. Die Leistung, also auch das, was der Herr Prälat „mehr schaffen“ nennt, liegt mehr als 50 Prozent höher als vor der Revolution. Die Arbeiter also haben ihrer „Meliorierungspflicht“ an der Volkswirtschaft in mehr als ausreichendem Maße genügt. Es ist aber nun gerade jene Reichsregierung, die von zwei Exponenten der Weltanschauung des Herrn Prälaten Pieper geführt wird, von den Herren Dr. Brüning und Siegelwald, die trotz alledem den Bergarbeitern nicht nur nicht ihren gerechten Anteil an der Wirtschaft zusprechen, sondern sie mancherorts gar noch viel schlechter stellen als die übrigen Arbeiter. Zustände, die solches einmal unmöglich machen, nennt der Herr Prälat „Märchenwelt des Kindes“. Die Arbeiter, so will uns dünken, beurteilen das anders!

6.

## Jeder Mensch ist Kapitalist!

Von Prof. Dr. Horneffer.

„Mit der Feindschaft gegen das Kapital verkennt der Mensch seine eigene innerste Natur. Weil der Arbeiter selbst im tiefsten Grunde seines Herzens Kapitalist ist, den Kapitalismus schätzt, darum widmet er diesen Mächten seine ingrinnige Feindschaft, weil sie in ihrem gegenwärtigen Verhalten und Wirken seinen eigenen kapitalistischen Bedürfnissen, die er hat, die er nur in schwerer Selbsttäuschung übersieht, nicht in genügendem Maße entgegenkommen. Aber nicht nur der Arbeiter, jeder Mensch ist in seinem innersten Wesen nach von Natur ein Kapitalist. Zum menschlichen Charakter überhaupt gehört der Kapitalismus, er ist niemals auszurotten, er könnte nur mit der Vernichtung des Menschen selbst aufgehoben werden und verschwinden. Kapitalbildung bedeutet nichts anderes als die Ansammlung von Werten und Kräften, die im Augenblick nicht benötigt werden, die über das unmittelbare Bedürfnis hinausreichen. Diese Wertbildung, Kraftansammlung, ist ein menschlicher Grundtrieb, etwas, das zum innersten Wesen des Menschen gehört und deshalb auch niemals verkümmert werden darf. Sonst vernichtet man damit seine menschliche Natur. Der Mensch

ist von Natur Kapitalist, Sparer, Anlamer von Kräften. Was er an geistigen und materiellen Gütern erwirbt und erzeugt, alles ist niemals von der Not des Augenblicks ihm aufgedrungen, alles dient als Werkzeug, Mittel und Kraft einer späteren Zukunft. Die ganze menschliche Seele mit allen Kenntnissen, Begabungen und Kräften ist ein Kapital, ein gewaltiges Kapital. Aber auch der menschliche Körper mit seinen gespannten Kräften, die jederzeit ausgelöst, in Tätigkeit gesetzt werden können und so auch alle im Laufe der Geschichte aus Körper und Geist zugleich geborenen Werke und Fähigkeiten des Menschen, alles ist Kapital.“

Wenn der Herr Professor Horneffer mit diesen seinen „philosophischen“ Gedankengängen über Kapitalismus beweisen will, daß der Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus widersinnig sei, dann beweist er damit nur, daß er über Kapitalismus vielleicht schon viel in seinem Studierzimmer in Büchern für Pensionatszöglinge gelesen hat, aber von dem praktischen Kapitalismus keine Ahnung besitzt. Aus dieser hier aufgezeigten Auffassung vom Kapitalismus spricht eine so große Naivität, daß sie geradezu zur Verhöhnung zwingt. Wir wollen deshalb auch Herrn Horneffer entgegenkommen und uns einmal auf den Standpunkt stellen, daß die Sorge um die Selbsterhaltung und die Befähigung in Lebensfürsorge sowie die daraus sich entwickelnde Form rationaler Sparsamkeit und Vorsorge — Kapitalismus ist, und daß, weil auch jeder Arbeiter von diesem Treiben beherrscht werde, er ja selbst Kapitalist sei. Aber das trifft ja gar nicht das Problem: Kapital und Arbeit! Das Problem liegt ja erst dort, wo die Frage zur Lösung steht, „wie“ sich die Bedürfnisbefriedigung dieses Triebes nach Lebensfürsorge und Lebensvorsorge vollzieht. Hier, Herr Professor, müssen Sie ansetzen! Sie werden dann finden, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung der Kapitalist das Vorrrecht oder besser: das Recht der freien Selbstbestimmung seiner Lebensfürsorge und -vorsorge besitzt und er sowie die heutige Rechtsordnung dem Arbeiter aber zwingend vorschreiben, was ihm vom wirtschaftlichen Ertrag, also vom Sozialprodukt zu seiner Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung bleibt. Und selbst heute, trotz staatlicher Zwangsverpflichtung von Löhnen, Preisen, Mieten und Zinsen, liegt die eigentliche Entscheidung über den dem Arbeiter verbleibenden Anteil am Wirtschaftsertrag immer noch beim Privatkapitalisten. Und nicht nur das. Bei ihm liegt auch, ob der Arbeiter überhaupt Gelegenheit zu seiner Für- und Vorfortschrittlichkeit bekommt, denn er bestimmt, ob die Betriebe in Gang bleiben oder ob Betriebe in Gang gesetzt werden. Und man denke doch heute an die 30 Millionen Arbeitslose innerhalb des Weltkapitalismus, während gleichzeitig 40 bis 50 Milliarden Mark „arbeitslos“ in den Großbanken der Weltfinanz liegen. Sehen Sie, Herr Professor Horneffer, das ist das Problem des Kapitalismus und hier stehen sich „Kapital“ und „Arbeit“ gegenüber! Einem wohlbestallten Professor freilich, das geben wir zu, braucht hier nicht unbedingt ein Problem berührt zu werden. Die Arbeiterklasse aber kennt diesbezüglich ihre Aufgabe und wird sie auch zu erfüllen verstehen. (Fortsetzung folgt.)

# Vor dem Generalstreik im polnischen Bergbau?

Die Verhältnisse im polnischen Bergbau spitzten sich dermaßen zu, daß eine am 6. Januar abgehaltene Verbandskonferenz den Generalstreik zu proklamieren beschloß, wenn der bisherige Lohn- und Sozialpolitik der Unternehmer kein Einhalt geboten wird. Die Bergarbeiter sind auf keinen Fall mehr gewillt, zu einer erneut verlangten Lohnminderung um 15 Prozent, zur Einschränkung des Urlaubs und zur Beschränkung der sozialen Leistungen ihre Zustimmung zu geben. Es mag nun biegen oder brechen.

Nach dem Sturze des englischen Pfundes erhoben die Grubenbesitzer ein schreckliches Lamento darüber, daß nunmehr die standinawischen Absatzmärkte zugunsten der englischen Kohle verlorengehen und darum die Regierung helfen müsse. Das Lamento hat prompt geholfen. In geheimen Konventikeln mit Regierungsvertretern erreichten die Kohlenbarone die Gewissheit, daß die Kosten des Konkurrenzkampfes zwischen polnischer und englischer Kohle kein anderer als der Bergmann selbst bezahlen werde. Auf diesem Gipfel des Zynismus bewegt sich nämlich der Beschluß: Bis 1. Januar 1932 zahlt die Regierung für jede Tonne exportierter Kohle 2,50 Zloty zu, von da ab wird der staatliche Zuschuß aufgehoben und der Lohn um 6 Prozent gesenkt. Auf diese Weise soll den Grubenbesitzern die Exportprämie erhalten bleiben. Ueber die Köpfe der Bergarbeiter hinweg wird einfach ein neuer empfindlicher Lohnabbau diktiert! Und dazu gibt die Regierung ihren Segen! Eine solche Frechheit ist trotz Ben Alkiba noch nicht dagewesen. Einige Grubendirektoren und einige Ministerialräte bestimmen einfach über den Lohn von 107 000 Grubenarbeitern, ohne deren verantwortliche Vertreter irgend-wo zu befragen. Die Herren haben aber diese Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Bergarbeiter bezahlen die Exportprämien und ähnliche „Zubußen“ schon längst, und zwar dadurch, daß sie in ganz Europa die niedrigsten Löhne, aber die höchsten Förderziffern aufweisen. Hier der Beweis: Der englische Bergmann leistet pro Schicht 1102 Kq. und bekommt dafür 2,25 Dollar. Im deutschen Bergbau wurden für das letzte Vierteljahr des verfloßenen Jahres durchschnittlich 1113 Kq. und 1,83 Dollar errechnet. Der polnische Bergmann dagegen fördert täglich 1388 Kq. und bekommt dafür nur 1,08 Dollar. Er fördert also 286 Kq. mehr und bekommt dafür einen um mehr als die Hälfte geringeren Lohn als sein englischer Kollege, während er gegenüber seinem deutschen Kollegen 275 Kq. mehr produziert, aber trotzdem noch 0,75 Dollar weniger verdient. Demgegenüber haben die Bergarbeiter zumindest noch das primäre Recht, über die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzureden.

Trotzdem im ganzen letzten Jahre auf den meisten Gruben nur drei bis vier Schichten pro Woche gearbeitet wurde, waren die Kohlenherren des Reviers Dombrowa so „bescheiden“, eine Wochenarbeitszeit von 56 Stunden bei durchgehender Grubenarbeit zu verlangen. Auf Anfrage der Arbeitsinspektion gab der Bergarbeiterverband natürlich die einzig richtige Antwort. Trotz der massenhaften Feiertagschichten in allen Revieren erteilte die Regierung den ober-schlesischen Zechenbesitzern die Genehmigung zur Verlängerung der Arbeitszeit um 120 Stunden pro Jahr. Als ob sie von allen guten Geistern verlassen worden wäre! So konnten die Bergarbeiter auf eifischen Gruben zwei sich widersprechende Befanntmachungen am schwarzen Brett lesen: über die Verlängerung der Arbeitszeit und über die Anordnung von Feiertagschichten. Diese unverantwortliche Genehmigung erklärt somit die Tatsache zur Genüge, daß trotz massenhaften Feiertagschichten und zahlreichen Stilllegungen Monat für Monat 120 000 Ueberstunden geleistet werden. Während also ein Teil der Bergarbeiter kurzarbeiten muß, gibt es auch solche, die 12 bis 16 Stunden hintereinander malochen. Das geschieht besonders bei unvermuet höheren Bestellungen. Diese zu individuelle Auswertung der Arbeitskraft hat zur Folge, daß die einen vor Ermüdung und die anderen vor Hunger umfallen.

Eine weitere Begünstigung der ober-schlesischen Schwerindustrie liegt darin, daß Ober-schlesien dem Gesetz über die Arbeitszeit immer noch nicht unterliegt, trotzdem die ober-schlesische

Arbeiterchaft diese Forderung schon seit Jahren erhebt. Statt dessen bereitet die Regierung die Änderung des Gesetzes vor, wonach es den ober-schlesischen Unternehmern gestattet sein soll, die Arbeitszeit nach Belieben zu verlängern oder zu verkürzen. Ebenso hat das Urlaubsgesetz für Ober-schlesien keine Gültigkeit. Auch hier genießen die Unternehmer besondere Vorrechte. Die sachverständige Regierung kommt den ober-schlesischen Kapitalisten in jeder Beziehung entgegen, während die gerechtesten Forderungen der ausgebeuteten Arbeiterchaft tauben Ohren begegnen.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit sind die polnischen Bergarbeiter keine Freunde des Krümpersystems, dagegen selbstamerweise die Grubenbesitzer. Diese Freundchaft mißbrauchen sie aber zu einem höchst profitablen Geschäft. Die turnusgemäß beurlaubten Arbeiter werden nämlich nur dann wieder eingestellt, wenn sie sich bei Wiederantritt den neuen Bedingungen unterwerfen, indem sie nur noch als Saisonarbeiter mit ein-tägiger Kündigung gelten. Jeder Arbeiter, der sich dieser behördlich sanktionierten Hinterhältigkeit beugt, verliert dadurch jeden Schutz aus den Demobilisationsvorschriften. Als Saisonarbeiter kann er jederzeit entlassen werden, denn der Unternehmer braucht dann nicht erst den Demobilisationskommissar zu fragen, wieviel Arbeiter er auf die Straße setzen darf. Diese für die Arbeiter ganz ordinäre Falle soll auch dazu dienen, die Lohnschraube außerhalb der Regelung durch die Schlichtungskommission immer stärker anzuziehen. Weiter versuchen die Grubenbesitzer immer wieder, die Rechte der Knappchaftsmittglieder zu beschneiden. Dieses Ziel wollen sie insbesondere durch die Vernichtung der Knappchaftlichen Selbstverwaltung erreichen. Sie haben die Regierung bereits soweit beeinflusst, daß dieselbe beschloß, die Knappchaft sogar mit drei Aufsichtskommissionen zu beglücken. Ein äußerst scharfer Protest des Knappchaftsvorstandes veranlaßte die Regierung vorläufig zum Einlenken. Vorläufig!

Für einen Lohnabbau ist die Regierung sofort zu haben, aber vor einem Abbau der märchenhaft hohen Gehälter der Gruben- und Hüttengewaltigen hat sie eine heilige Scheu. Beispielsweise fachte der Generaldirektor Kewalski von der verfrachten und jetzt geschlossenen Friedenshütte monatlich 116 000 Zloty ein. Muß das eine geniale kapitalistische Kanone gewesen sein! Der Generaldirektor der Kattowitzer W.G., Williger, begnügte sich mit „nur“ 43 000 M. monatlich ohne die sonstige „Krisenunterstützung“. Etwa 30 000 Zloty und übliche Lantienem bekommt der Generaldirektor der Bismarckhütte, Scherrf. Phantastische Gehälter zahlen die Amerikaner der Giesche-W.G. Selbst die staatlichen Kali-gruben in Kalusch zahlen ihren Aufsichtsräten und höheren Betriebsbeamten höchst anständige Gehälter, die sich zwischen 4000 bis 9000 Zloty monatlich bewegen. Die Kratauer Stadtgruben in Jamorzno zahlen ihren Grubendirektoren bis 18 000 Zloty monatlich, verpulverten auch 263 000 Dollar infolge der Pleite der Amsterdamer Amsteibant, ihre streifenden Bergarbeiter wurden dagegen mit blauen Bohnen bedacht und vor Gericht geschleppt. Das Abschleppen zu Ehren des jetzt abgedankten Herrn Williger kostete 8000 Zloty oder 200 Zloty pro Nase. Das nennt man „Wirtschaft in Rot“. Mindestens 200 Arbeiterfamilien könnten eine Woche lang davon leben. So könnte man spaltenlang von kapitalistischer Mißwirtschaft schreiben. Und der Regierung sind solche Zustände gottgemollt!

Nun rufen die Bergarbeiter gemeinsam mit den Metallarbeitern zum entschlossener Kampf, wenn die Gegenseite nicht einlenkt. Wenn sie einig und geschlossen den Kampf aufnehmen, müssen sie ihn auch gewinnen, weil ihn auch kirzlich die galzischen Erdbarbeiter mit 5 Prozent Lohnerhöhung gewannen, und zwar deshalb, weil sie fast reiflos im freien Bergarbeiterverband organisiert sind. Die paar Männchen des staatlich ausgefallenen Streikbrechervereins, der unter Führung des Ingenieurs und ehemaligen Genossen Maraczewski in den Berabauerrevieren stänfert, werden den Kämpfern nichts schaden können. Victor Kalinowski.

# HAUS UND LEBEN

## Eine tolle Schicht.

Es gibt Tage, an denen einem nichts richtig gelingen will, wo einem alles unter den Händen verkehrt gerät und die ganze Arbeit nur da zu sein scheint, um einen zu ärgern. Jeder Bergmann kennt solche Schicht. Dann geht einem alles quer. Am liebsten möchte man den dicken Hammer nehmen und alles kaputt schlagen. So eine Schicht hatte ich vorgestern. Sie fing damit an, daß ich mich morgens verschlief. Eine halbe Stunde vor der Abfahrt lag ich noch im Bett. Während ich mich gähnend redete, machte meine Mutter zur Eile. In drei Minuten war ich angezogen. Ungewaschen eilte ich hinaus, mir unterwegs erst die Wade richtig zuzupfropfen.

Als ich die Waschkau betrat, war diese fast völlig leer. Nur vereinzelt standen einige Nachzügler und Handwerker, welche später anfangen, in der weiten Halle. Die Angst, eine Schicht zu verpassen, trieb mich mächtig an. Bei den 10 bis 20 Schichten, die man jetzt im Monat hat, ist ein ausgefallener Schichttag schon zu spüren. Feierlichkeiten waren genug da, die Not zwingt einen, keinen Arbeitstag zu veräumen.

Am Schacht gingen gerade die letzten Beute auf den Korb. Es war nur noch eine Etage zum Vorsehen. Eine halbe Minute später und ich hätte nach Hause gehen können.

Erleichtert atmete ich auf, als mich der Förderkorb laufend in die Tiefe brachte. Das hatte ich noch einmal geschafft! Krachend schlug der Korb nach wenigen Minuten auf die Fallbühne des Schachtes. Unten waren bereits alle Kameraden fort. Die Schachtbedienungs hatte schon die Kohlenwagen zum Aufschieben bereitgestellt. Mein Kumpel, welcher sonst immer auf mich wartete, war längst fort. Das Warten hatte ihm zu lange gedauert. Er glaubte, ich würde nicht mehr kommen.

Einsam ging ich durch den Hauptquerschlag nach meinem Revier. Das niedrige Gebirge trieb alle Bergleute schnell nach ihrer Arbeit. Nur in weiter Ferne tanzten einige Lampen wie Irrlichter.

Vor Ort hatte mein Kumpel schon das Gezähe heraus genommen. Nach einer kurzen Begrüßung und Erklärung sahen wir uns die Arbeit an: Aufräumen, drei Sohlenschüsse, Steine wegfahren, verbauen und wenns gut geht, noch ein paar Wagen Kohlen. „Du kannst die Steine wegfahren, ich werde unterdessen Platz machen zum Bohren“, sagte mein Kumpel.

Am Aufbruch angekommen, waren die leeren Wagen schon alle weg. „Das kann gut werden“, dachte ich. Vor Ort konnte ich nichts machen und hier fehlten die Leeren. Um etwas zu tun, suchte ich einige Verzugsstücke. Eine halbe Stunde mochte ich ungefähr gewartet haben, da kam der Grubenschlosser und erzählte, daß die elektrische Lokomotive entleert sei. Das fehlte auch noch! Unter Umständen konnte ich noch eine Stunde warten. Um meinem Kumpel die Störung mitzuteilen, ging ich wieder vor Ort. Der Junge auf die Leiter hinauf und schickte mich wieder fort: Ohne Leeren sollte ich nicht wiederkommen! „Lach gut“, dachte ich, und setzte mich in die Stredde. Das Warten war mir jedoch äußerst peinlich. Man hat nicht viel Ruhe zum Sitzen, wenn man weiß, daß der Kumpel und die Arbeit auf einen lauern. Schließlich ging auch diese Zeit vorüber. Wie toll jagte ich mit meinem Wagen durch die Stredde. Es hieß, die verlorene Zeit wieder nachzuholen. Die Hauptfache war, auf die Finger zu achten, denn der Ausbau war so zusammengedrückt, daß die oben im Wagen liegenden Steine leicht an einer Kappe anstoßen konnten. Bloß keine Fingerquetschung!

Klapp — Klapp — Klapp — machte der Wagen, als ich damit durch die Stredde jagte. Knack, bruch! da lag er zwischen! Ich holte einen Hebebaum. Hau ruck! Noch einmal! Schon sah er wieder in den Schienen. Ich sah mir die gefährliche Stelle an. Kein Wunder, wenn hier die Wagen herauspringen, in den verfaulten Schwellen waren die Schienenknägel locker. Vorläufig schlug ich da eine Spreize hin.

Ein ohrenbetäubender Lärm macht jede Unterhaltung vor Ort unmöglich. Mein Kumpel sitzt auf dem Liegenden und hält mit seinen Beinen den ratternden Bohrer. Als ich mit dem letzten Wagen Steine abfuhr, jagte er: „Bestell den Schießmeister, er soll sofort kommen. Wenn du diesen Wagen weg hast, wollen wir buttern.“

„Der Schießmeister kommt in einer halben Stunde“, teilte ich ihm mit, als wir nach unsern Kisten gingen.

„Das paßt gerade, jetzt buttern wir, dann holzen wir ab und machen die Beizpatronen.“

Bergeblich suchte ich in meiner Sackentasche nach meinem Butterbrot. Uha, jetzt hatte ich die Erklärung für das sonderbare Gefühl, das unterwegs nicht von mir weichen wollte. Leider wurde ich durch diese Lösung nicht satt. Als Naß sah, daß ich meinen Kaffee ohne Brot trank, gab er mir, im vollen Verständnis für meine Lage, ohne weiteres die Hälfte seiner Stullen. Diese praktische Hilfe war so selbstverständlich, daß keine weiteren Worte darüber verloren wurden. Für den Bergmannsmagen war diese halbe Ration ein köstliches Mahl, aber es war besser wie gar nichts. In vier Stunden war Schicht, bis dahin hielten wir es schon aus.

Wir saßen noch auf unseren Kisten, als der Schießmeister schon kam. Im Aufstehen hingen wir unsere Hemden an den Stempel und gingen vor Ort. Während der Schießmeister die Patronen zurecht machte, spreizte mein Kumpel die letzten Felder Holz ab; unterdessen machte ich die Beizpatronen zurecht.

„Na hoffentlich geht alles gut“, meinte der Schießmeister, „es sind drei schwere Schüsse.“

„Das wäre noch so ein Spaß, wenn uns hier ein paar Felder Holz übereinander gingen!“

Kaum begann der Schießmeister den Draht abzuwickeln, da froch ich in den über uns liegenden Pfeiler, um ihn abzusperrten.

## Bergmannsfind.

Franz heißt der Jung.  
Ein Bergmannsfind. Was sollt er anders sein?  
Seinem Vater schlug ein „Sargdeckel“ das rechte Bein entzwei und seinen älteren Bruder trug man auf der Bahre tot an ihm vorbei beim Grubenunglück auf Minister Stein. Die Mutter humpelt bleich und vergrämt, die Bicht in den Knochen, umher. Schimpft über die Zeit und die Teuerung, über die Knappschafft, den Lohn und den Pütt noch mehr.

Franz heißt der Jung.  
Ist blaß, wie alle Kinder im Kohlenland, ein wenig klein, ein wenig krumm gewachsen, unausgeglichen, noch ein halbes Kind. Er schafft in der Dampfbude, schmirt und reibt und pfeift die „Badbesucht“ dabei, und läßt sich von dem älteren Kumpel flagen, der dauernd seine Poffen mit ihm treibt. Mandymal schafft er auch am Lesebard. Ein Fohlen ist er noch, wie's halbe Kinder sind. Doch seine Augen sind entzweigt alt. Sie sahen Bahren schon vorüberziehen, zerschundene Menschen, heulend, oft auch still und kalt, die aus dem Förderkorb sie trugen. Berrunte sahen sie, die viehisch um sich schlugen. Streikposten-Angelesicht sahen sie im Haß erglühn, und gramzerfressne Frauenaugen, die bang am Zehentor auf Nachricht harrten. Er kennt die Leiden, die des Bergmanns warten und weiß, wie viele Kumpels unter Tag verrecken. So jung er ist: Franz kennt den Pütt und seine Schrecken.

Doch heut ist Sonntag, Sommer, Sonne.  
Franz liegt im dürftigen Graze am Kanal und pfeift inbrünstig fallch vor lauter Wonne und strampelt wie ein Kal. So quierschpergnüglig ist Franz, so ausgelassen, daß ihm die Freude aus den Augen spritzt und alle Blumen rings vor Neid erblaffen. Er schränkt die Arme unterm Kopf, er spitzt den Mund zum Pfeifen, öffnet ihn zum Schreien und ruft so laut, als habe ihn die ganze Welt gefragt: „Der Steiger hat es gestern abend mir gesagt: Ich fahre morgen ein!“ Axel Rudolph.

Nicht lange sah ich, da krachten die Schüsse: Bum! — Bum bum! Uha, die beiden letzten Schüsse kamen dicht hintereinander. Doch was krachte da noch? Es knisterte und knackte. — Das bedeutete nichts Gutes!

„Verdammt, es werden doch nicht ein paar Felder Holz umgekippt sein!“ suchte ich für mich hin. Klatschend schlugen die nachfallenden Steine zu Boden.

„Heiliges Donnerwetter“, schimpfte ich wütend, als ich den Pfeiler hinunter kletterte. Das war wieder eine Arbeit, die nicht bezahlt wurde. Meine Vermutung war richtig. Drei Felder Holz waren umgeschossen. Mein Kumpel verfluchte alle Heiligen. Kreiz-Döbel, so ein Mist! — Alles Schimpfen nützte nichts. Vereint räumten wir die Steine weg, um die Hölzer erst hinzusetzen. Eine Kappe war gebrochen. „Lauf mal schnell zum Aufbruch“, sagte mein Kumpel, „und sieh zu, daß du eine andere findest.“ Gebückt eilte ich durch die Stredde. — Waug! — da sah ich auf dem Hintern. Vor meinen Augen tanzten Sterne und im Kopfe ertönte ein feines Singen. Ich hatte mir den Schädel an einer Kappe gestoßen. In meinem Kopfe wuchs eine Beule. Geistesgegenwärtig nahm ich den kalten Lampentopf und drückte ihn dagegen. Dadurch gelang es mir, dem Wachsen der Beule Einhalt zu tun. Ganz belämmert war mirs zumute, als ich aufstand. Doch mußte ich weiter, denn mein Kumpel lauerte auf mich. So eine erbärmliche Schicht hatte ich schon lange nicht mehr gehabt.

Den schlimmsten Dreck hatte mein Kumpel schon weggeräumt, als ich mit der Kappe zurückkam. Schnell wurden die alten Bühlöcher ausgekratzt, damit wir die umgeworfenen Felder aufbauen konnten. Wir waren gerade beim letzten Feld. Mein Kumpel stand auf einem Wagen und füllte mit den Steinen, die ich ihm reichte, den Hohlraum an der Firste aus.

„Hallo, wollt ihr denn nicht Schicht machen?“ rief uns der Behrhauer zu, welcher mit dem letzten Wagen vom Rollkasten abfuhr.

„Verdammt! auch das noch; diese Ecke müssen wir aber noch schnell ausfüllen!“ brummte ärgerlich mein Kumpel.

Wir arbeiteten wie die Pferde. Unsere Körper glänzten von dem dampfenden Schweiß. Bald war der Hohlraum ausgefüllt. Nun aber schnell zum Schacht! Das Gezähe wurde eingeschlossen. Mit unsern Hemden rieben wir uns den Schweiß vom Körper. Aus den Kohlschuhen wurden die Steine geschüttelt. Noch einen Blick in die Runde, ob nichts vergessen. Alles war verschlossen, nichts liegen gelassen, dann ab.

Am Schacht waren unsere Fahrmarken längst verlesen. Eine Viertelstunde hatten wir wieder dem Werk geschenkt. Schnurrend streift das laufende Schleppeil den Schachtkausbau. Wir be-

traten den Förderkorb; das Signal ertönte und aufwärts fuhr er wir zum Licht, den Leger und die Schinderei hinter uns lassend. Berne würden wir die Gefahren und Strapazen unseres schweren Berufes tragen, wenn ein auskömmlicher Lohn uns die Sorgen ums tägliche Brot nehmen würde; so aber sind wir unzufrieden und rebellieren, denn wir müssen trotz der harten Arbeit noch danken. C. S.

## Der Bremser.

Es ist 5 Uhr morgens. In der Bergarbeiterkolonie wird es lebendig. Rauch steigt aus den Schornsteinen. Der Frühstückstisch für die zur Morgenschicht gehenden Arbeiter wird bereitet. Dann knarren Haustüren. Menschen, mit bleichen Gesichtern und eingefallenen Wangen, treten heraus und schreiten schlürpfend den Schritten der Beche zu.

Viele sind es nicht mehr, die dort ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Hälfte der Koloniewohner ist arbeitslos. Auch von der Bergarbeiterfamilie Nestler arbeitet nur noch Karl, der jüngste Sohn. Die anderen drei Söhne und der Vater sind schon lang zum Nichtstun verdammt. Aber Karl verdient trotz seiner Arbeit nicht viel. Er ist nur Bremser. Den größten Teil seines Lohnes frißt die Miete für die Wohnung.

Nun öffnet sich bei Nestlers die Haustür. Karl tritt heraus. „Gefunde Schicht!“ wünscht ihm seine Mutter im Gehen. „Wie dersehen!“ erwidert Karl. „Und vergiß nicht die Kartoffelpuffe heut mittag!“ ruft Karl der Mutter nach und geht, nachdem er schon einige Schritte vom Hause entfernt ist.

Bald ist Karl mit vielen anderen Arbeitern im Innern der Zeche verschwunden. Und während oben auf der grünen Erde die Menschen beim Morgendämmerlicht noch im süßen Schlummer liegen, beginnt unten, tief in der Erde, die Tätigkeit des Bergmannes.

Karl ist der Bremser vom westlichen Berg, Flöz 7. Der Steiger und vor allen Dingen die Kumpels in den Streben sind mit ihm sehr zufrieden. Karl ist stink, sorgt immer für genügend Wagen und selten machte er Störungen.

Gestern nacht nun hatte der Steiger im Berg fenten lassen weil die vollgeladenen Kohlenwagen schon die Kappe streiften. Die Nachtschicht wurde aber mit dem Senten nicht fertig und hatte vorläufig die Bahn unterkloßt, damit bei der Grubenschicht kein Saß entstand. Darüber war nun Karl nicht besonders erbaut. Er mußte schon, was ihm heute blühte. Denn wenn bei der Stelle, wo die Bahn in der Schwebe hing, ein Wagen zwischen die Schienen fällt, war es mit dem Fördern aus. Der Steiger ermahnte deshalb Karl, an dieser Stelle langsam zu fahren.

So mochten zwei Stunden vergangen sein, ohne daß sich was ereignet hatte. Karl freute sich schon, daß die Förderung so gut geklappt hatte. Bergnützt sah er auf dem Bremshobel und ließ soeben wieder einen Zug Kohle den Berg abwärtsgleiten. Unten war der Abnehmer, der die vollen Wagen wegzog und leere oder Steine anhing. Jetzt klopfte es von unten Steine. Dann noch zweimal einen kräftigen Klac am Hammerdraht; der Abnehmer hatte aufgeklöpft. Karl, oben hinter dem Bremshebel, zog sofort an. Doch bald merkte er, daß die Maschine gar arg unter der Last puffedete, daß der Abnehmer wohl vier Steinwagen angehängt haben mußte. Plötzlich gab es einen Ruck und die Maschine stand still. Nur die Luft zischte noch durch das offene Ventil und den undichten Kolben. Was war das?, fuhr es Karl durch den Sinn. Dann drehte er das Ventil zu, schraubte die Steuerung auf „hängen“, küstete ein wenig die Bremse, aber abwärts gingen die Wagen auch nicht. Noch einmal versuchte er Karl mit dem Aufziehen. Da dies nicht ging, machte er sich auf den Weg, um nachzusehen, was im Berg los war. In der Stelle angekommen, wo nachts gefent worden war, sah er die Bezeichnung: der letzte Wagen war umgekippt und hatte mehrere Bawe ungerissen, wodurch ein großer Bruch entstanden war. Da blieb Karl nichts anderes übrig, als Hilfe zu holen, denn allein konnte er diese Förderstörung nicht beheben. So entfernte er sich kriechend einen Stoß und Wagen von der Bruchstelle. Dabei mußte er einen Bau berührt haben, dessen Stempel durch das tiefe Ausfenten ins Rutschen gekommen waren, denn plötzlich krachte es über Karl in der Firste, zwei Bawe brachen zusammen und verschütteten Karl. Erst eine geraume Weile später fand man ihn mit völlig zerschmetterten Gliedern.

Auf dem Transport zum Krankenhaus erwachte er noch einmal zum Bewußtsein. Es war das letzte Mal, bevor er die fonnige Reise in das stille Land des Todes antrat. Nur ein Wort formten Karls sterbende Lippen: „Mutter!“ Alles lag in diesem einzigen Wort. Eine ganze Welt voll Liebe, Leid und Trauer. Dann versuchte er noch einmal zu sprechen. Müde kamen die Worte aus seinem Munde: „Mutter, — nicht — weinen! — Ich — sterbe!“ — Langsam, aber beharrlich breitete der Tod in dem fahrenden Sanitätsauto seinen Dem aus.

Noch ein letztes Aufatmen in dem sterbenden Körper. Und dann, beim letzten Nicken, kamen klagend die Worte aus dem Munde des Sterbenden: „— und — Mutter — hat — — Kartoffel — — puf — — fer — —!“

Als das Auto im Krankenhaus ankam, war Karl tot. Alban Sommer.

**4. Woche** Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlungen des fälligen Beitrags für die Zeit vom 17. bis 23. Januar 1932

## Kameraden!

Jeder Arbeiter, der seinen Warenbedarf bei Anhängern der Privatwirtschaft deckt, unterstützt diese im Kampf gegen die Arbeiterklasse und damit gegen sich selbst.

**Jeder gewerkschaftlich- und klassenbewußte Arbeiter ist deshalb unter Beachtung der Beschlüsse unserer Gewerkschaftskongresse verpflichtet, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu werden und dort seine Waren zu kaufen.**

# Um die Erhaltung der Knappschafft.

Die Arbeitergruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat sich mit der untern 6. Oktober 1931 von der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Herrn Reichsarbeitsminister gerichteten Eingabe betr. Umgestaltung der knappschafflichen Pensionsversicherung beschäftigt. Sie ist dabei zu der Auffassung gekommen, daß die Bestrebungen der Arbeitgeber abgewehrt werden müssen. Die Arbeitergruppe wendet sich dagegen, daß in der Eingabe eine völlige Umgestaltung der knappschafflichen Pensionsversicherung dergestalt verlangt wird, daß nur für die unter Tage mit wesentlichen bergmännischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter eine geringfügige Zusatzrente vorgesehen ist. Diese Änderungsanträge können nicht unumwunden bleiben.

Die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie überblickt vollkommen, so heißt es deshalb in einer

## Entschließung der Arbeitergruppe der Arbeitskammer,

die dem Reichsarbeitsminister zugesandt wurde, daß die schwierige Lage, in der sich die Knappschaffspensionsversicherung gegenwärtig befindet, nicht durch ungerechtfertigt hohe Leistungen an die einzelnen bezugsberechtigten Invaliden, Witwen und Waisen bedingt wird, sondern durch die rückläufige Entwicklung der Belegschaftszahlen im deutschen Bergbau. Die Arbeitergruppe sieht davon ab, auf die Ursachen dieser Entwicklung einzugehen, weil diese dem Reichsarbeitsminister durch Rundgebungen und Entschließungen der Bergarbeiterverbände und der Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer genügend dargelegt worden sind. Sie will jedoch hiernit nachweisen, daß durch die Pläne der Fachgruppe Bergbau die schwierige finanzielle Lage der Knappschaffspensionsversicherung keineswegs behoben wird.

Wie bereits hingewiesen, erwachsen der Knappschaffspensionsversicherung die größten Schwierigkeiten durch die rückläufige Entwicklung der Belegschaftsziffern. Am 1. Januar 1924 betrug die Mitgliederzahl der Pensionsversicherung 727 767, dagegen waren am 1. Oktober 1931 nur noch 483 739 Mitglieder vorhanden. Hiernach werden die Beitragszahler immer geringer, während die Lasten aus der Vergangenheit der Pensionsversicherung reiflos verbleiben. Zum Beispiel kamen am 1. Januar 1924 auf eine Invalidenpensionseinheit noch 5,92 Beitragszahler, dagegen am 1. Oktober 1931 nur noch 1,69. Bei Verwirklichung der Vorschläge der Fachgruppe Bergbau würde dies Nebel nicht beseitigt, sondern vermehrt werden. Dadurch, daß sie die Knappschaffspensionsversicherung nur auf die mit wesentlichen bergmännischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter beschränken will, würde der Kreis der Beitragszahler in einer für die Pensionsversicherung geradezu katastrophal wirkenden Weise verringert. Der so eingeschränkte Kreis der Versicherten würde, wie folgender Beweis zeigt, auch nicht im entferntesten in der Lage sein, die Zahlung der laufenden Renten zu ermöglichen, selbst wenn diese auf die geringe Höhe des Vorkriegsstandes herabgedrückt würden.

Die Durchschnittsrente einschließlich Kindergeld, die 1913 ein Knappschaffsinvalid im Bereiche der Ruhrknappschafft monatlich erhielt, betrug 31,10 Mark. Rechnet man gegenwärtig alle Invaliden-, Witwen- und Waisenspensionen in Invalidenpensionseinheiten um, so waren am 1. November 1931 bei der Ruhrknappschafft 146 870 Invalidenpensionseinheiten vorhanden. Wenn also auch nur die niedrige Vorkriegsrente gewährt würde, betrüge die auszugehobene Summe 4 567 657,— Mark. Das Beitragsaufkommen, das aber von den mit wesentlich bergmännischen Arbeiten beschäftigten Bergarbeitern in der Ruhrknappschafft nach dem Stande des Lohnes vom 1. Januar 1932 aufgebracht werden könnte, würde monatlich bei 9,8 Prozent des Lohnes als Beitrag zur Pensionskasse nur 2 612 000 Mark betragen. Trotz dieser Senkung der Renten würde also noch ein Fehlbetrag von 1 955 657,— Mark zu verzeichnen sein. Wenn der jetzige Beitrag die laufenden Renten decken sollte, müßte die Durchschnittsrente auf etwa 20 Mark monatlich gemindert werden.

Wer den Bergarbeitern angesichts der Schwere und der Gefährlichkeit ihres Berufs solche Pensionen anbieten würde, von dem müßte man annehmen, daß er sie verböhnen will. Ein Lohn auf jeden Versicherungsgrundsatz würde es auch bedeuten, wenn man für eine Monatsrente in Höhe von 20 Mark einen Beitrag von 9,8 Prozent des gegenwärtigen Lohnes der Bergarbeiter erheben wollte.

Nach den Vorschlägen der Fachgruppe Bergbau ist der Knappschaffspensionsversicherung nicht zu helfen. Die Arbeitergruppe der Arbeitskammer muß es deshalb befremden, daß die Fachgruppe Bergbau so schlecht durchdachte Pläne zur Umgestal-

lung der Pensionsversicherung macht. Der einzige Weg, auf dem die dauernde Sanierung der Knappschaffspensionsversicherung möglich ist, ist die Umlage einer Abgabe vom Förderprodukt, wie sie von den Bergarbeiterverbänden gefordert wird. Solange diese Forderung nicht verwirklicht ist, muß verlangt werden, daß die Reichsregierung auch über den 1. April 1932 hinaus die Mittel zur Verfügung stellt, die notwendig sind, um die Zahlung der Renten in gegenwärtigem Umfang zu gewährleisten.

Die Sanierung der Knappschaffspensionsversicherung, wie sie in der vierten Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen im fünften Teil, Kapitel 3 und 4 auf Kosten der Versicherten angestrebt wird, kann keinesfalls als geeignetes Mittel angesehen werden. Die hiernach vorzunehmenden Einsparungen werden durch Mindereinnahmen aus Beiträgen infolge der Lohnkürzungen ab 1. Januar 1932 nach § 2 Abs. 3 Kapitel 1 des sechsten Teiles der vorbezeichneten Notverordnung mehr als aufgehoben.

Eine dauernde Sanierung der Knappschaffspensionsversicherung ist, wie schon erwähnt, nur möglich durch die Erhebung einer Umlage auf das Förderprodukt. Bis zur Verwirklichung dieser Forderung muß das Reich ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, zumal die schwierige Lage der Pensionsversicherung nicht zuletzt durch Kriegsfolgen mit verursacht worden ist.

# Machts diesem alten Kämpfer nach!

Unser Bild zeigt den alten Kameraden Friedr. Walbruch aus der Zahlstelle Barop. Er ist jetzt 75 Jahre alt und steht noch mitten drin im Kampfe für die Arbeiterrechte, den er schon vierzig Jahre in unseren Reihen geführt hat.

„Das waren mir immer die schönsten Stunden“, so sagte er uns noch kürzlich, „wenn ich mit den Kameraden zusammen um den Sieg unserer Sache wirken konnte. Vier Jahrzehnte



führen wir jetzt schon diesen Kampf. Und ich muß sagen, daß er sich gelohnt hat. Schade nur, daß ich nicht noch vier Jahrzehnte mitkämpfen kann, denn dann ist der Sieg erlangt, wenn die Arbeiterklasse nicht vorzeitig müde wird. Leider hat man heute einen Teil Arbeiter, die schon Müdigkeit zu spüren scheinen. Es sind jene, die in dieser Krise zaghaft und misstrauisch sind, weil wir nicht sofort den Gegner besiegen und unsere Forderungen durchsetzen können. Aber das darf die Kampfesfreudigen nicht stören. Solch zaghafte hatten wir schon vor vierzig Jahren. Hätten wir ihnen gefolgt, dann wäre es mit der Arbeiterbewegung nichts geworden. Wir vertrauen aber auf uns selber und konnten die Gewerkschaften zu einer gewaltigen Macht emporbringen. Ich bin auch überzeugt, daß die zweite Etappe, der Kampf um den Sieg, glücklich zu Ende geführt wird. Aber es ist notwendig, daß alle Kampfbereiten mithelfen. Es gilt, die Zaghaften aufzurichten, die Indifferenten aufzuklären, die Reichen zu härten und das Vertrauen in die Macht der Organisation und ihrer Führer zu erhalten. Gelingt das unseren Kameraden, dann haben wir nicht vierzig Jahre umsonst gekämpft. Ich wünsche der jungen Generation und besonders auch der Jugend, daß sie, auf unsere Vorarbeit gestützt, das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse vollenden wird.“

# Aus dem Bezirk Mauthen.

## Den KPD-Mauthen zur Kenntnis.

### „1000 Wurmstumpeln bekommen zuviel Schichtlohn!“

So stand in großer Ueberschrift quer über die ganze Seite der „Arbeiter-Zeitung“, wo dann verlesen wird, mir anzuhängen, als wenn ich das gesagt oder geschrieben hätte. Soviel Worte, soviel Dummheit. Unsere Funktionäre wissen besser, was ich geschrieben habe und es erübrigt sich, an dieser Stelle darauf einzugehen. Alle Bergarbeiter, die mich kennen, wissen sehr genau, wie ich zu der Lohn- und Arbeitszeitfrage, zum Tarifrecht und den vielen anderen berechtigten Forderungen der Arbeiter eingestellt bin. Daran ändert auch alles Schimpfen, Toben und Verleumdungen der Kommunisten und ihrer Presse nichts. Im Gegenteil, es gibt mir immer noch mehr Ansporn, weil mir durch die Lobhudtsanfalle der „Arbeiter-Zeitung“ immer aufs neue bewiesen wird, daß ich auf dem richtigen Wege bin. Also, Herrschaften, nur so weiter machen und wenn euch noch einige ergänzende Rundschreiben fehlen, dann bin ich gerne bereit, euch die Quelle anzugeben, aus der ihr sie erhalten könnt. Was in unserem Rundschreiben steht, darf jeder lesen und wissen, nur müssen sie wortgetreu und ganz wiedergegeben werden.

In einem Flugblatt, das von den Kommunisten vor dem letzten Putsch verbreitet worden ist, wird behauptet, daß Bezirksleiter Ernst und ich den zehnprozentigen Lohnabbau vereinbart hätten. Dieses Flugblatt ist unterzeichnet von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Albert Funf. Herr Funf, M. d. R., braucht ja selbstverständlich nicht zu wissen, daß die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 von der Reichsregierung herausgegeben wurde, die als Kernstück für die Bergarbeiter folgendes bestimmt:

„Die Lohn- oder Gehaltsätze der Arbeiter und Angestellten des Kohlen- und Kaliberbaus und derjenigen Arbeiter und Angestellten, für die am 10. Januar 1927 eine tarifvertragliche Regelung der Lohn- oder Gehaltsätze nicht bestand, werden mit Wirkung vom 1. Januar 1932 um die im Abs. 2 bestimmten Sätze gekürzt.“

Was Ernst und ich mit den Arbeitgebern unter Vorbehalt des Rheinlandschlichters vereinbart haben, bedeutet eine wesentliche Uebertagung der zehnprozentigen Kürzung für 950 bis 1000 Uebertagearbeiter. Ohne diese Vereinbarung wäre diese Gruppe der Uebertagearbeiter in ihren Jahresbezügen um rund 55- bis 60 000 M. schlechter gestellt worden, das macht auf den einzelnen Arbeiter 55 bis 60 M. im Jahr aus. Dieses ist kein weiterläufiger Erfolg, aber immerhin besser wie gar nichts. Dies haben auch die Arbeiter, die es angeht, klar zum Ausdruck gebracht. Daß dieser Lohn, wie der Lohn der Bergarbeiter überhaupt, zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel ist und dazu beiträgt, die Lebensbedingungen der Bergarbeiter noch weiter herabzusetzen zu lassen, wissen wir und wir brauchen uns darüber mit den Kommunisten nicht zu streiten.

Trotzdem aber lehnen wir die Putschparolen, die von den Kommunisten immer „Generalstreik“ genannt werden, auf das entschiedenste ab, weil wir wissen, daß damit nichts weiter erreicht wird, als daß immer noch mehr Familien in das Elend hineingestoßen werden. Weil wir dies wissen und darum verpflichtet sind, unsere Mitglieder rechtzeitig und dringend aufzuklären und vor den Putschabsichten der Kommunisten zu warnen, darum haben wir auch rechtzeitig in unserem Rundschreiben Nr. 36 vom 19. Dezember 1931 auf die Absichten der KPD-Mauthen verwiesen. Jetzt, nachdem der Sturm der letzten Tage die kommunistischen Nebel zerstreut, darf ich den Herren verraten, daß das Rundschreiben Nr. 36 nicht das einzige ist, in dem wir unsere Mitglieder von den Absichten der KPD-Mauthen Mitteilung gemacht haben. Diese Rundschreiben sind der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ scheinbar nicht rechtzeitig zugestellt worden, sonst hätte sie schon viel früher erfahren, daß wir sehr gut über ihre Absichten unterrichtet waren. Im allem aber die Krone aufzusetzen, haben wir sogar am 31. Dezember, also am letzten Tage des Jahres, ein Rundschreiben mit folgender Parole hinausgegeben:

„Streiken und putzchen ist in der gegenwärtigen Zeit Wahnsinn und darf im Interesse des ganzen unter krassen Umständen etwas derartiges unternommen werden.“

Die Zahltheorien werden gebeten, dieses Rundschreiben sofort an alle Funktionäre weiterzugeben und es, auch Funktionärsitzungen zu arrangieren, um die Lage zu besprechen. Aufklärung muß in weitestem Maße erfolgen.“

Diese Aufklärung ist auch in weitestem Maße erfolgt, das hat die gänzlich verpuffte Streikputschparole der Kommunisten glänzend bewiesen. Wir haben den Beweis erbracht, daß unser

uns gegenüber einstellen. Es jetzt beobachtet man deshalb ein langsames Ansteigen der englischen Kohleneinfuhr nach Deutschland.“

„Also ist es doch nichts mit der Abwehrwaffe des Reichskohlenkommissars. Aber wie denkt man sich denn an den verantwortlichen Stellen die Zukunftsentwicklung auf diesem Gebiete?“

„Nun wohl, man versucht soweit wie möglich einen Preisausgleich mit der englischen Kohle zu schaffen, das heißt, also auch eine Senkung der deutschen Kohlenpreise zu erreichen.“

„Aha — dafür ja auch die Sonderbehandlung der Bergarbeiter in der Lohnfrage.“

„Ganz richtig! Man glaubt, durch die Lohnsenkung an einer Preisentlastung für die Kohle mithelfen zu können.“

„Wird denn nun die vorgenommene Lohnsenkung genügend Möglichkeit bieten zu einer Preisentlastung, die eine Annäherung an die englischen Kohlenpreise zuläßt?“

„Keineswegs! Aber die Bestrebungen gehen gleichzeitig dahin, auch die Frachten für Kohle ins Zeitengebiet, wo hauptsächlich die englische Kohle Konkurrenz macht, herabzusetzen. Was nämlich an Frachtkosten gespart würde, könnte am Preise nachgelassen werden.“

„Und wenn das wirklich durchgeführt würde, wären wir dann der englischen Konkurrenz gewachsen?“

„Auch dann noch nicht, weil die Händler mit englischer und auch holländischer Kohle den Standpunkt vertreten, daß sie alle Erleichterungen, die in Deutschland zugunsten der Kohlenpreise getroffen würden, auch in gleichem Verhältnis auf die Preise ihrer Kohlen anwenden würden.“

„Na ja, dann bleibt es also doch dabei, wie du schon anfangs sagtest, daß vorerst wenig an Abhilfe in dieser schweren Notzeit für den Bergmann zu hoffen übrigbleibt bezüglich einer Bessergestaltung des Kohlenmarktes und einer Belebung der Kohlenproduktion.“

„Nicht wahr? Aber trotzdem bestehen noch Möglichkeiten, wenigstens sich im mindesten Auswirkung zu verhindern. Es gehörte freilich hierzu strenge Selbstdisziplin beim deutschen Volke selbst.“

„Wie meinst du das?“

„Nun, es ist doch so, daß jeder Kauf von ausländischer Kohle nur dem freien Willensentschlusse der Käufer unterliegt. Würde der deutsche Kohlenverbraucher sich mit dem deutschen

Bergmann solidarisch verbunden fühlen in dieser schweren Notzeit, dann würde er eben nur deutsche Kohle verlangen, auch wenn die ausländische etwas billiger angeboten wird. Zumindest sollte man das von allen öffentlichen Stellen verlangen dürfen, wie zum Beispiel von den deutschen Kommunalbetrieben, die sehr oft als Großabnehmer in Frage kommen, aber heute noch größtenteils ihren Bedarf mit ausländischen Kohlen decken.“

„Was macht denn das überhaupt aus, was jetzt an ausländischer Kohle nach Deutschland kommt?“

„Nun, es wurden im September des vergangenen Jahres 520 000 Tonnen Kohlen vom Ausland nach Deutschland verkauft. Im November aber waren es schon 635 000 Tonnen. Davon lieferte England allein im September 300 000 und im November schon 390 000 T.“

„Wiedel Bergleute könnten wir in Deutschland mehr einstellen, wenn diese Auslandskohle nicht hereinkäme und dafür deutsche Kohle produziert werden müßte?“

„Nun, um die Kohle selbst zu produzieren, könnten wir vielleicht 18- bis 20 000 Bergarbeiter mehr beschäftigen.“

„Na, wenn man das so sieht, dann ist das ganze ja nicht allzu überwältigend.“

„Wenn nur der Inlandsmarkt mit ausländischer Konkurrenz in Frage käme, gewiß nicht. Aber wir stehen ja auch mit dem Auslande auf dem Weltmarkt in Konkurrenz.“

„Macht das mehr aus wie der Konkurrenzkampf im Inlande?“

„Das will ich meinen! Wir haben zum Beispiel im vorigen Jahre im Durchschnitt jeden Monat 2 200 000 Tonnen Kohlen, Koks und Brikketts ins Ausland verkauft.“

„Das ist freilich eine gewaltige Summe, und wenn sich hier die Auslandskonkurrenz im gleichen Verhältnis bemerkbar machen würde wie im Inlande, dann wäre das natürlich sehr schlimm. Wie ist das übrigens; macht sich diese Konkurrenz schon bemerkbar auf dem Weltmarkt?“

„Vorerst noch nicht so sehr, weil die Syndikate, die den Verkauf deutscher Kohle tätigen, ja immer langfristige Lieferverträge abschließen. Solange diese Verträge laufen, können die Abnehmer nicht zur Konkurrenz gehen.“

„So besteht also die Aussicht, daß, wenn diese bestehenden Tarife ablaufen, die Abzahl- und damit die Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten für den Bergbau noch schlechter werden als sie heute sind. Aber das ist ja furchtbar!“

„Zweifelloos bietet das alles betrübliche Ausblicke. Aber trotzdem hat gerade der Bergmann keine Ursache zu verzweifeln. Es ist eben so, daß das alles, was wir hier vom Bergbau feststellen, mehr oder weniger für die gesamte Wirtschaft zutrifft, und zwar nicht nur für die deutschen, sondern auch für die übrigen Länder. Und daraus wird auch die Einsicht erwachsen, daß dem ganzen nicht mehr tatenlos zugehört werden kann und trotz aller besonderen Zeitverhältnisse nur eine internationale Verständigung Rettung bringt.“

„Eine Frage noch: Da habe ich neulich gelesen, daß das Kohlenyndikat an der Ruhr doch die Einführung von Kohlenzöllen auch bei uns in Deutschland für ausländische Kohle gefordert hat. Nach dem, was wir jetzt hier diskutierten, hat das doch gar keinen Sinn und keine Aussicht auf praktischen Erfolg.“

„Es kommt darauf an, wie man die Sache sieht. Die Befürworter dieser Zölle wollen angeblich nicht mit ihrer Forderung in einen Topf geworfen werden mit den Anhängern einer positiven Zollpolitik allgemein. Sie wollen lediglich mit solchen Zöllen im Sinne Frankreichs die schädliche Auswirkung der ausländischen Geldentwertung abhalten.“

„Das wäre also gewissermaßen eine Art Währungs-politik vermittels Zöllen.“

„So ähnlich. Und sie sagen, daß gegen solche Zölle auch zum Beispiel England nichts einwenden könne, da sie sich nicht gegen dessen rein wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit richteten, sondern nur ein Schutz seien gegen die inflationarischen Auswirkungen der englischen Währungs-politik. Dabei sei es heute noch so, daß die Kohlenhändler, die englische Kohle in Deutschland verkaufen, durch die gesunkene Währung einen Extraprofit machen würden, den der Staat selbst durch entsprechende Zölle für sich einzufrieren sollte, um auf der anderen Seite ihn wieder einer Begünstigung der deutschen Kohlenindustrie nutzbar machen zu können.“

„Der Gedanke hat sicher vieles für sich. Aber helfen könnte er ja auch nicht allzu viel bei den verhältnismäßig geringen Mengen Kohlen, die heute bei uns eingeführt werden.“

„Richtig ist das, obwohl in solch schweren Notzeiten auch jede leichte Abhilfe- und Linderungsmöglichkeit einer ersten Prüfung wert ist und dann, wenn sie auch nur etwas zugunsten unserer deutschen Wirtschaft verpricht, ihre Ausnutzung vorgenommen werden sollte. Ganz allgemein aber müssen wir nach wie vor alles daransetzen, um den einzigen Weg gehen zu können, der hier durchgreifende Aenderung und Befundung verpricht, nämlich den Weg der internationalen Verständigung.“

